



URBANE DISKURSION FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE STADTENTWICKLUNG



Foto: Wolf-Dietrich Bukow

Wenn sich alle entschieden und ernsthaft der urbanen Wirklichkeit stellen, können sich sehr schnell gemeinsame Anliegen herauskristallisieren und erfolgreich neue Möglichkeitsräume für ein nachhaltiges Zusammenleben ausgelotet werden. Das gemischte Quartier dient dabei als Ausgangspunkt.

Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow

studierte Ev. Theologie, Soziologie, Psychologie und Ethnologie in Bochum und Heidelberg. Er ist Gründer der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien (FiSt) sowie des center for diversity studies (cedis) an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln; Forschungspreisträger der Reuter-Stiftung. Seit 2011 Inhaber einer Senior-Forschungsprofessur am Forschungskolleg der Universität Siegen (FoKoS) mit den Schwerpunkten Mobilität, Diversität und Regionalentwicklung. wolf-dietrich.bukow@uni-siegen.de

Warum der urbane Dialog bis heute immer wieder zu scheitern droht

Das Interesse der Stadtbevölkerung an ihrem urbanen Umfeld ist ein Thema, seitdem es Städte gibt und ist schon für die griechische Polis belegt. Es liegt nahe, dass dieses Interesse im Verlauf der Zeit noch sehr viel größer geworden ist und heute noch einmal zunimmt, weil sich die Städte zunehmend wandeln. Und es ist auch kein Zufall, dass sich innerhalb der Städte schrittweise besondere politische Strukturen entwickelt haben, um diesem Interesse gerecht zu werden. Das Problem ist freilich stets, dass sich solche Strukturen, zumal Parteistrukturen, schnell verfestigt und zu geschlossenen Systemen entwickelt haben. Am Ende waren dann oft nur diejenigen Gruppen beteiligt, die ohnehin schon das Sagen hatten. Die auf diese Weise in Dienst genommene Stadt ist am Ende nur noch an der Gehorsamsbereitschaft der breiten Bevölkerung interessiert.

Nicht zuletzt deshalb haben sich seit dem 19. Jahrhundert neue Formen der Beteiligung, hier vor allem eine neuartige kritische Öffentlichkeit entwickelt. Diese Öffentlichkeit ist dank der technologischen Entwicklung schnell zu einer eigenständigen Interaktionsplattform mit eigenen Medien avanciert und konnte so zu einer unabhängigen Diskursplattform zwischen der Bevölkerung und der Stadt werden. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts gelang es dieser Öffentlichkeit, sich weiter auszudifferenzieren und neue Spielräume zu schaffen. Mit den neuen Kommunikationstechniken hat sich diese Öffentlichkeit noch einmal weiter ausdifferenziert und zuletzt auch zur Entstehung einer breit aufgestellten Zivilgesellschaft beigetragen. Vor allem um diese Zivilgesellschaft geht es, wenn heute von Partizipation oder Bürgerengagement (Bukow 2016) gesprochen wird.

Tatsächlich ist es gelungen, die Interaktion zwischen der Stadtbevölkerung einerseits und der Kommune als Repräsentant der Stadtgesellschaft andererseits entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten immer wieder neu zu platzieren. Und dabei hat die Öffentlichkeit als intermediäre Plattform von Beginn immer wieder nicht nur eine wichtige, sondern sogar eine zentrale Rolle gespielt. Aber im Grunde wurde bislang kaum mehr erreicht als die Interaktion entsprechend den technologischen Möglichkeiten zu stabilisieren, also gewissermaßen medientechnisch Schritt zu halten. Mehr wurde in der Regel nicht erreicht.

Die Erfahrungen zeigen, dass auf der einen Seite ganze Bevölkerungsgruppen, vor allem Jüngere, Alleinerziehende genauso wie Geringverdiener und Arbeitslose bis heute

vollständig außen vor geblieben sind. Das gilt auch für die meisten Alteinwanderer und generell für alle Newcomer, seien es nun EU-Bürger oder Flüchtlinge und Migranten von außerhalb der EU. Und auf der anderen Seite, auf der Seite der Kommune als Repräsentant der Stadtgesellschaft, erweist sich das aus den Parteien rekrutierte und hier verankerte politische System für außenstehende „Normalbürgerinnen und -bürger“ immer wieder als ein „Closed shop“.

Speziell die kommunale Verwaltung selbst ist für die Bevölkerung fast gänzlich unerreichbar. Wo sie gesetzlich benötigt ist, die Bevölkerung zu beteiligen, da wird diese nicht ernst genommen und die Beteiligung bleibt folgenlos. Was schließlich die zwischen beiden Seiten eigentlich als eine Vermittlungsplattform etablierte Öffentlichkeit betrifft, so ist sie zumindest im Prinzip für den Austausch von Positionen und Interessen gut geeignet und hier vor allem auch gut ausgestattet, um das Gespräch zwischen beiden Seiten zu organisieren. Allerdings ist die eine Hälfte der Öffentlichkeit (insbesondere die Printmedien, der private Rundfunk und das private Fernsehen) oftmals interessengebunden, insoweit sie in der einen oder anderen Weise von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Die andere Hälfte (die sozialen Netze usw.) mag zwar offen, gut zugänglich und neutral positioniert sein, ist aber ihrerseits häufig sehr bezugsgruppen- und damit stimmungsabhängig und zudem zunehmend populistisch eingefärbt. So kommt es schnell zu „postfaktischen“ Mythen.

Die Aushandlungsprozesse funktionieren aber auch deshalb häufig nicht, weil vieles a priori der zivilgesellschaftlichen Debatte entzogen bleibt. Manches wird einfach für selbstverständlich und damit für bedeutungslos gehalten. Anderes wird in einem ungeeigneten Rahmen diskutiert oder es entzieht sich völlig jeder Aufmerksamkeit. Beispielsweise wird die funktionale Ausdifferenzierung einer ganzen Stadtregion hingenommen und eine autogerechte Stadt nach wie vor für selbstverständlich gehalten.

Ein anderes Beispiel ist die Überantwortung ganzer Siedlungsprojekte an Investoren, deren Brisanz kaum realisiert wird. Eine effektive Bürgerbeteiligung ist dann schon im Ansatz ausgeschlossen. Beliebt ist auch die Fixierung der Stadtentwicklung auf Tourismus und Eventmanagement. Wenn es dann wie in Köln bei entsprechenden Großereignissen zu Problemen kommt, ist es zu spät (Bukow 2018: 79 ff.). Auch die Zentralisierung der Verwaltung, die Auflösung lokaler

Strukturen sowie die Entmachtung der Stadtteilerepräsentanten wirken sich hier negativ aus, weil sich damit jede lokale politische Verantwortlichkeit erübrigt.

Das Problem ist also nicht nur, dass nur wenige Interaktionspartner und die auch nur partiell miteinander ins Gespräch kommen. Das Problem ist vor allem, dass viele eigentlich zentrale Aspekte des urbanen Zusammenlebens außen vor bleiben und die Öffentlichkeit dann für einen zivilgesellschaftlichen Dialog auch nicht mehr nützlich ist. So setzt sich einfach durch, wer die ökonomische Macht hat und das politische Spiel beherrscht. Bis heute scheitert also trotz einer hoch entwickelten öffentlichen Diskursplattform meist ein effektiver, also an den Fragen des konkreten urbanen Alltags orientierter und ergebnisoffen ausgerichteter, ein ernsthafter, gut platzierter und sachadäquat orientierter Aushandlungsdiskurs (Der Beitrag orientiert sich hier und weiter hinten an den Vorstellungen von Max Weber über das „sinnhaft soziale Handeln“, wie er sie im § 1 in *Wirtschaft und Gesellschaft* entwickelt hat; Weber 1985: 540 ff.).

Der genauere Blick zeigt schnell, dass die Aushandlung einer noch dazu zukunftsorientierten Stadtentwicklung nicht deshalb auf der Strecke bleibt, weil es in der konkreten Si-

tuation am guten Willen fehlt, die immer wieder beklagten Hindernisse zu beseitigen. Vielmehr sind sich beide Seiten über die Bedingungen und Möglichkeiten der Stadtgesellschaft und ihrer Entwicklung nicht im Klaren.

Das erschwert es sowohl den Akteuren der Stadtentwicklung als auch den Bewohnern, ihre Anliegen einzubringen, gut zu platzieren und durchdacht zu präsentieren. Wenn das fehlt, können sie auch nicht die Öffentlichkeit erfolgreich für sich mobilisieren. Beiden Seiten fällt es schwer, einen sachadäquaten Blick für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung zu entwickeln. Sie haben deshalb den gegenwärtig massiv zunehmenden neoliberalen Zumutungen und auch jedem populistisch inszenierten politischen Spiel wenig entgegenzusetzen. Die angestrebte Aushandlung funktioniert nicht, weil entscheidende Eckpunkte für eine angemessene Debatte nicht berücksichtigt werden. Soziologisch gesprochen fehlt es auf beiden Seiten an einem angemessenen Referenzrahmen für eine sachadäquate Positionierung. Um diesen Referenzrahmen zu erkennen müssen alle Beteiligten eigentlich nur noch einmal genauer hinschauen und dürfen sich nicht länger auf den ersten Anschein verlassen.

Zur Bedeutung eines adäquaten zivilgesellschaftlichen Referenzrahmens

Ein angemessenes zivilgesellschaftliches Engagement setzt voraus, dass man sich nicht mit dem, was eben ist, wie es ist, zufrieden gibt, sondern noch einmal bewusst hinschaut und sich über seine Rolle, die Bedingungen und Möglichkeiten seiner Lebensweise Klarheit verschafft. Dazu ist ein angemessener Referenzrahmen nötig. Wer sich mit der Situation in Städten kritisch befasst – als Alteingesessener, als Newcomer, als Experte, als Politiker oder als Wissenschaftler –, der wird schnell bemerken, dass sich die alltägliche Praxis oft mit dem ersten Anschein begnügt und eine adäquate Orientierung gar nicht erst prüft.

Das urbane Alltagsleben gibt zwar immer wieder Anlass zu Irritationen und Fragen. Sie können aber von den Beteiligten spontan und auf den ersten Blick nicht adäquat eingeschätzt werden, weil die Zusammenhänge, in denen die Irritationen und Fragen auftreten, nicht unmittelbar sichtbar werden. Erst wenn die Beteiligten noch einmal genauer hinschauen, dann wird klar, worum es im jeweiligen Zusam-

menhang eigentlich geht: Die Irritationen resultieren daraus, dass man sich in seinen Erwartungen gegenüber dem, was eine Stadtgesellschaft ausmacht, enttäuscht sieht. Die Stadtbevölkerung orientiert sich demnach stillschweigend an einem allen wohlvertrauten spezifischen Gesellschaftsformat. Es ist schon verblüffend, wie wenig die Menschen sich klar darüber sind, dass wir es beim urbanen Zusammenleben mit sozialen Prozessen im Rahmen eines sehr spezifischen, schon sehr alten und hochdifferenzierten gesellschaftlichen Formats zu tun haben, nämlich einer Stadtgesellschaft.

Tatsächlich wurde die Stadtgesellschaft einst erfunden, um das Zusammenleben unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen auf der Basis von formaler Interaktion, der Einhegung der Individualität und der Etablierung eines politischen Schirmes zu sichern. Solange man sich dieses im Dauerablauf des Alltags routiniert und durchaus auch virtuos gehandhabt und immer wieder weiter entwickelten For-

mats nicht bewusst wird (Berding 2018), lassen sich auf den ersten Blick wahrgenommene Irritationen, Herausforderungen, Probleme oder Verwerfungen gar nicht sozial-adäquat identifizieren. Erst auf den zweiten Blick würde klar, dass sich ein erfolgreiches urbanes Alltagshandeln einer besonderen Erfindung verdankt, eben der Stadtgesellschaft, in der das Zusammenleben nach speziell entwickelten rationalen Gesellschaftsvorstellungen mit speziellen Regeln nach so etwas wie einer sozialen Grammatik organisiert wird. Und erst auf den zweiten Blick wird klar, dass Irritationen entstehen, wenn Elemente dieser sozialen Grammatik verletzt wurden.

Warum dieses Format auf den ersten Blick nicht klar wird, hat auch damit zu tun, dass es, da es sich um ein Konzept handelt, das nur alltagspraktisch vollzogen, aber nicht bedacht oder reflektiert gehandhabt wird und folglich auch nicht spontan rekapituliert werden kann, schnell zu Ersatzdeutungen kommt. Was primär an Deutungen zur Verfügung steht, basiert auf Konzepten, die in der familialen Interaktion gezielt erworben wurden und sich innerhalb der Familie und anderer Wir-Gruppen durchaus bewährt haben mögen.

Es sind eben Gemeinschaftsvorstellungen, die jedem aus der primären Sozialisation zur Hand sind. Was die Stadtgesellschaft ermöglicht, resultiert aber gerade nicht aus solchen Vorstellungen, sondern aus Erfahrungen, die nebenbei in der Schule oder auf der Straße, eben im urbanen Alltagsleben gemacht werden, und diese sind das Resultat des Zusammenspiels zwischen der praktischen Vernunft und dem, was eine Stadtgesellschaft im Rahmen ihres Formates an Möglichkeiten bietet. Erst wenn einem das bewusst wird, wird klar, dass eine Stadt weder so etwas wie eine Großausgabe einer Familie noch eine Kleinausgabe eines Nationalstaats ist. Sie stellt vielmehr eine Erfindung sui generis dar, ein speziell konstruiertes Format, das sich nach innen bis in die Quartiere und nach außen bis in globale Zusammenhänge hinein rational und routiniert ausdifferenziert, vernetzt und längst zu dem alles dominierenden Gesellschaftsformat avanciert ist.

Der Punkt ist also, dass der urbane Alltag, solange er nur konkret erlebt und nur spontan eingeschätzt wird, nicht wirklich angemessen ins Blickfeld rückt. Selbst wenn Irritationen auftreten, wenn Probleme entstehen: Solange nicht noch einmal genauer hingeschaut wird, kommt es zu kurzschlüssigen Deutungen, die erst einmal nur von dem bestimmt werden, was an Deutungen zur Hand ist und zu den Irritationen oder Problemen irgendwie passt. So entstehen

situationspezifisch am Status quo aufgehängte, vorzugsweise aus familistischen Ressourcen heraufgeführte fehlerhafte Rekonstruktionen.

Erst wenn sich etwas massiv, also erheblich mehr als üblich verändert, wenn das, was bislang vertraut war, wenn die gewohnten Ereignisse, der gewohnte Wandel im Quartier, wenn die üblichen Schwierigkeiten und Probleme den Rahmen sprengen, wenn also etwas eintritt, was den Dauerablauf des Alltags nachhaltig und massiv ins Stocken bringt, versuchen wir über den Alltag selbst nachzudenken und uns zu überlegen, was die Dinge zusammen hält oder halten sollte: Ein Geschäft macht endgültig zu; in der Nachbarschaft zieht jemand ein, der sofort Ärger macht; der Bürgersteig wird immer wieder zugestellt, sodass man kaum noch ins Haus kommt; die Miete wird abrupt angehoben; plötzlich nehmen Jugendliche einen Kinderspielplatz in Besitz und vermüllen ihn; eine neue Verkehrsführung bringt massive Belastungen für die Anlieger; statt der von allen gewünschten Gesamtschule wird ein Gymnasium gebaut. Es passiert etwas, was den Rahmen des Üblichen bei weitem übersteigt.

Im Blick zurück auf den urbanen Alltag geht es dann um die Ordnung des Zusammenlebens nach Maßgabe von Vorstellungen, die zwar eigentlich zur Hand sind, einem aber zunächst verstellt waren. Mit anderen Worten: Die Irritationen werden erst dann adäquat eingeordnet, wenn man sich seines gesellschaftlichen Ortes und der diesen Ort steuernden Routine reflexiv bewusst wird und den urbanen Raum als urbane Konstruktion in den Blick nimmt. Es bedarf also eines zweiten, reflektierten und wohlorientierten Blicks. Dann wird deutlich, dass das, was sich im individuellen Alltag abspielt, zwar zunächst einmal mit dem zu tun hat, was in meinem Blickfeld liegt, aber ich dabei einen Ausschnitt aus einem urbanen Quartier vor Augen habe.

Was passiert, passiert im Rahmen urbaner Konstruktionen. Und es ist deshalb auch nicht wirklich auf das Quartier beschränkt, sondern steht in einem größeren Zusammenhang. Was sich im individuellen Alltag abspielt, bildet das oft auch direkt ab, zum Beispiel über den Weg zur Arbeit und zu Freunden oder Bekannten irgendwo außerhalb des Quartiers. Auf den zweiten Blick wird klar: Relevant wird tatsächlich alles, was in von mir genutzten urbanen Räumen, was in meinem urbanen Aktionsfeld passiert. Was sich hingegen innerhalb der Wohnung oder im privaten Freundeskreis abspielt, bleibt insofern genauso außen vor wie das, was sich irgendwo im staatlichen Rahmen ereignet, soweit ich damit überhaupt im Alltagsleben befasst bin.

Der urbane Raum im Schnittfeld zwischen konkreter und globaler Wirklichkeit

Der zweite Blick zeigt: Es geht um den urbanen Raum. Im Quartier wird er erlebbar und beschreibbar. Weil aber das Quartier mit anderen Quartieren, mit der Stadt insgesamt und darüber hinaus auch mit der Region und noch über die Region hinaus vernetzt ist, betrifft das, was im Quartier erlebbar und beschreibbar ist, immer auch den Gesamttraum und wird über entsprechende Netzwerke an andere Regionen mit ihren Räumen angeschlossen. Man muss sich darüber klar werden, dass man, wenn man in einem Quartier lebt und hier der urbanen Logik folgt, damit letztlich auch die mit dem Quartier verknüpften weiteren Zusammenhänge bis zu globalen Zusammenhängen mit „einspielt“. Insofern ist die eigene Lebensweise immer auch ein Fußabdruck einer globalgesellschaftlichen Wirklichkeit. Um es noch ein-

mal anders zu formulieren: Mein Alltag ist eine kognitive Konstruktion, die sich aus meiner Fokussierung auf die für mich im Augenblick relevanten Bereiche der Stadtgesellschaft ergibt. Diese Fokussierung ermöglicht, die Regeln der Stadtgesellschaft wie selbstverständlich und routiniert zu leben. Dahinter aber wirken genauso selbstverständlich soziale, kulturelle, wirtschaftliche und weitere Vernetzungen, die heute global eingebunden und längst auch ubiquitär und virtuell verankert sind. So begleitet das Globale das Lokale – und zwar weitgehend unbemerkt, aber zugleich effektiv. In der Stadtgesellschaft wird eine familiale Interaktionssituation einerseits platziert und andererseits virtuell umrahmt und dabei durch globale Interaktion überlagert. Damit wird deutlich, dass das Quartier einerseits zum Referenzrahmen



Foto: Wolf-Dietrich Bukow

In der Stadtgesellschaft wird einerseits eine familiale Interaktionssituationen platziert. Andererseits wird sie virtuell umrahmt und dabei durch globale Interaktion überlagert

wird, andererseits dies aber nur im Sinn einer kleinsten „emergenten“ Einheit von Stadtgesellschaft und – wenn man die Vernetzungen der Stadtgesellschaft mit berücksichtigt – dass das Quartier letztlich zum Fokus der gesamten relevanten globalgesellschaftlichen Wirklichkeit wird.

Der zweite Blick zeigt aber auch umgekehrt, dass es gleichzeitig um einen ganz konkreten Raum geht. Nur das Quartier als konkreter urbaner Raum verspricht einen überschaubaren Nahraum, wie man ihn für den Dauerablauf des Alltags benötigt. Es ist ein Nahraum, in dem sich die für den Dauerablauf des Alltags notwendigen essenziellen „needs“ organisieren lassen. Es geht um Arbeiten und Wohnen, um Bildung und Kultur, um Versorgung und soziale Absicherung, um Spielraum für die eigene Individualität, die Familie oder die Partnerschaft und das eigene Milieu. Es geht darum, dies alles im überschaubaren Nahraum, was einer Einwohnerschaft von wenigen tausend Menschen entspricht, zu erreichen. Man hofft darauf, im Fall des Falles auch an seiner Gestaltung beteiligt zu werden: Betroffenheit erzeugt den Wunsch zur Beteiligung.

All diese Überlegungen haben sich schon seit langem tief im kollektiven Gedächtnis verankert – nur eben nicht in der familialen, sondern in der urbanen Tradition. Sie haben ihren Ausdruck zum Beispiel auch in den Debatten um „Recht auf Stadt“ gefunden. Alle diese Überlegungen zielen auf das, was man heute unter einem dichten und gemischten Quartier als kleinstem urbanem Raum innerhalb einer Stadt-

gesellschaft versteht. Dieser ursprünglich aus der Tradition der europäischen Stadt resultierende Referenzrahmen ist längst zu einem globalen Referenzrahmen für urbanes Zusammenleben geworden und bildet heute so etwas wie ein Urbanitätsnarrativ, das dementsprechend längst globale Geltung erlangt hat. Überall wird eine Urbanität angestrebt, die Arbeiten, Wohnen und Bildung in einem überschaubaren Zusammenhang ermöglicht, wo also Mobilität und Diversität akzeptiert wird (Bukow 2015: 107 ff.).

Dieses Urbanitätsnarrativ überzeugt vor allem deshalb, weil es anthropologische Grunderfahrungen spiegelt, nämlich erstens, dass ein urbanes Quartier eine für den Alltagsablauf wichtige Dichte bieten kann, zweitens, dass sich innerhalb eines Quartiers tatsächlich alle „needs“ befriedigen lassen können, und drittens, dass man auf Grund von dessen Organisationsform konsequent diversitätssensibel agieren könnte. Dieses Narrativ zielt also auf eine potenziell humane, für Vielfalt offene und damit nachhaltige Stadtentwicklung. Es mahnt Möglichkeitsspielräume (Lefebvre 1972) an, die historisch gewachsen sind und die gerade heute attraktiv erscheinen. Von dort aus lässt sich gut erkennen, wann man es mit einer verfehlten Stadtentwicklung oder mit populistischen Kampagnen zu tun hat, die darauf abzielen, das urbane Zusammenleben umzuadressieren. Damit gewinnt die Zivilgesellschaft einen kritischen Referenzrahmen, der nicht erst auf Diversität, Nachhaltigkeit und Gemein Sinn abgestimmt werden muss, sondern für den diese Elemente eine *conditio sine qua non* darstellen.

Zur Bedeutung eines adäquaten stadtgesellschaftlichen Referenzrahmens

Es ist nicht nur die Zivilgesellschaft, die sich erst einmal durch ein zweites genaueres Hinschauen vergewissern muss, worum es eigentlich beim urbanen Zusammenleben geht, es ist auch die Kommune selbst, die sich immer wieder auf die Bevölkerung einstellen muss, damit sie ihre Aufgaben ernsthaft erfüllen kann und damit so etwas wie ein echter Dialog zwischen beiden Seiten im Interesse einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung stattfinden kann. Auch die Kommune als Repräsentant von Stadtgesellschaft muss sich über ihre Rolle, über die Bedingungen und Möglichkeiten einer Stadtgesellschaft klar werden und sich dabei an einem adäquaten Referenzrahmen orientieren.

Wer sich mit der Situation in den Kommunen befasst, als Mitglied einer Initiative, als lokaler Experte, als Politiker oder als Sozialwissenschaftler, der wird auch hier schnell bemerken, dass es oft an einer adäquaten Orientierung fehlt. Insofern unterscheiden sich die Kommunen nur wenig von der Zivilgesellschaft. Auch auf der Seite der Kommune mangelt es meist an einer entsprechenden Sensibilität für das, was eine Stadt und hier das Quartier als deren kleinste Einheit letztlich ausmacht. Auch auf dieser Seite ist sich im ersten Moment fast niemand klar darüber, dass es sich bei einer Stadt um ein eigenständiges, historisch gewachsenes und kunstvoll konzipiertes gesellschaftliches Format *sui generis*

handelt. Ein Format, in dem das Zusammenleben nach rational definierten Verwaltungsroutinen innerhalb verschiedener kommunaler Systeme geordnet wird. Eine wichtige Herausforderung besteht hier darin, diese Verwaltungsroutinen immer wieder den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen, damit die Bevölkerung tatsächlich auch nachhaltig inkludiert wird und sich nicht selbst integrieren muss. Damit eine Stadtgesellschaft überlebt, muss sich die Kommune als deren Repräsentant immer wieder an ihre Adressaten erinnern und darf die Bevölkerung in ihrer Vielfalt mit ihren „needs“ nicht aus dem Blick verlieren.

Es ist für Kommunen freilich auf den ersten Blick verführerisch, sich an wohletablierten Alteingesessenenengruppen, an speziellen Lobbyisten und Wirtschaftsquellen, an Investoren oder an den Bedürfnissen großer Konzerne oder Industriegruppen zu orientieren und die breite Bevölkerung nur insoweit zu bedenken, wie es am Ende schon aus rechtlichen Gründen nicht zu vermeiden ist. Das wird das erste Mal in der Leitbilddiskussion, die sich seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts überall in den Städten entwickelt hat, ganz besonders deutlich (Häußermann/Siebel 1993).

Kurzfristig mag so etwas kaum moniert werden, zumal wenn die Verwaltung zentralisiert, der Kontakt zu den Stadtquartieren eingestellt, die kommunalen Wohnungsgesellschaften und Dienstleistungen ausgelagert oder vollständig privatisiert und die Stadtentwicklungs- und Bauämter abgebaut werden. Langfristig zahlt es sich jedoch nicht aus, die Bevölkerung zu ignorieren, mit ihren Urbanitätserwartungen, ihren Vorstellungen von einem diversen und funktional gemischten urbanen Raum, wo sich dementsprechend Ar-

beiten, Wohnen, Bildung und Dienstleistungen und weitere „needs“ verknüpfen lassen, also die Quartiere als die alles entscheidenden Alltagsräume und als kleinste Einheiten von Stadtgesellschaft.

Erst entstehen nach Einkommen und Herkunft segregierte Quartiere, dann funktional entmischte Zonen, dann zerfällt die Orientierung an einer alle betreffenden Stadtgesellschaft. Es ist nur konsequent, die dann entstehenden Fehlentwicklungen entweder zu leugnen oder sie einfach zu externalisieren oder zu individualisieren.

Klassisches Beispiel dafür sind nicht nur die zunehmende funktionale Verarmung der Innenstädte, sondern auch die der vielen älteren städtischen Quartiere und teils sehr alten urbanen Zentren in der Fläche. Symptomatisch ist stets das Geschäftsterben, die Verödung der urbanen Zonen und der damit verknüpfte Bevölkerungsschwund, was in vielen Regionen schon weit fortgeschritten ist und längst auch die Klein- und Mittelstädte erfasst hat. Sehr leicht lassen sich dann Schuldige ausmachen. Schließlich werden Integrationsdefizite beklagt und am Ende werden verwahrloste Zonen ausgewiesen oder soziale und kulturelle Brennpunkte postuliert, statt sich der Räume als von der Kommune vernachlässigte Räume anzunehmen und sie zu „re-urbanisieren“. Dass eine Re-Urbanisierung möglich ist, das zeigen Städte wie Nördlingen oder Altena.

Um hier etwas zu verändern, bedarf es eigentlich nur einer kurzen Rückbesinnung auf die Stadtgesellschaft und ihre Logik. Es ist, wie die „Charta von Leipzig“ belegt, auch gar nicht schwierig, sich auf den angemessenen Referenzrah-



Fotos: Wolf-Dietrich Bukow

Symptomatisch für die funktionale Verarmung der Innenstädte sind das Geschäftsterben und der Bevölkerungsschwund

men zu besinnen, mit dem sich die Probleme, die sich bei jeder Stadtgesellschaft zwangsläufig ergeben, durchaus angehen lassen. Die Charta von Leipzig bietet mit dem Leitbild der europäischen Stadt einen ganzheitlichen Referenzrahmen für integrierte Stadtentwicklung. Sozialer Ausgleich, Teilhabe, Inklusion und nachhaltige Entwicklung sind dabei Leitlinien der Stadtentwicklungspolitik. Allerdings ist es dann noch ein weiter Weg, bis daraus erfolgreich Stadtentwicklungskonzepte entstehen. Auch das lässt sich schon an dem Schicksal der Charta erkennen, deren Intention erst heute in der BauNVO zumindest partiell verankert wurde (Bukow/Feldtkeller u. a. 2017).

Es ist tatsächlich wichtig, sich der die Stadtgesellschaften ausmachenden urbanen Logik zu vergewissern, um deren „Eigensinn“ (Berking 2013: 225) für eine erfolgreiche Stadtentwicklung wirklich nutzen zu können – genauso wie es für die Zivilgesellschaft in dieser Situation wichtig ist, sich des Urbanitätsnarrativs zu vergewissern. Wie schon angedeutet geht es erstens darum, eine zwangsläufig divers ausgerichtete Bevölkerung („die Vielen als Viele“; Virno 2015) in eine formale Struktur einzubinden, allen Arbeit zu ermöglichen, jedem Wohnraum zur Verfügung zu stellen, für alle Kinder und Jugendlichen Bildungsmöglichkeiten zu etablieren, also inklusiv orientierte formale Systeme zu etablieren, statt ganze Gruppen auszuschließen (Cudak 2015: 246 ff.). Es geht zweitens darum, dem einzelnen eine individuelle Persönlichkeit und Identität im Kreis der Familie, von Freunden oder in seiner Community zuzugestehen. Und es geht drittens darum, Spielraum für eine lokale Öffentlichkeit zu schaffen, öffentliche Räume und Interaktionsplattformen bereitzustellen, damit sich die Bevölkerung einerseits und die Kommune andererseits abstimmen, Erwartungen formulieren und Interessen kundtun können und damit die formalen Systeme zu flexibilisieren, als „lebenden Systeme“ immer wieder weiterzuentwickeln. Damit werden schon die

drei entscheidenden Säulen der Stadtgesellschaft sichtbar. Es sind Säulen, die nebeneinander für jeweils spezifisch unterschiedlich ausgerichtete Handlungen Raum bieten. Diese Säulen haben sich im Verlauf der Geschichte der Stadt herausgebildet (Bukow 2015: 108 f.) und machen faktisch den Kern jeder Stadtgesellschaft aus – beziehungsweise heute, wo Städte oft schon zu fast uferlosen politischen Konstruktionen angewachsen sind, den Kern jedes Quartiers als kleinster emergenter Einheit von Stadtgesellschaft. Schematisch lässt sich das sehr stark vereinfacht darstellen (vgl. Abb. 1).

Diese drei Säulen müssen immer wieder in Erinnerung gerufen werden, weil sie die Basis für das Zusammenleben und damit auch für jede Stadtentwicklung darstellen. Für die Stadtbevölkerung stellen diese drei Säulen so etwas wie eine soziale Grammatik dar, nach der die einzelnen Handlungen zu platzieren, zu situieren und auszurichten sind. Wichtig ist vor allem, deren innere Logik zu verstehen und festzustellen, wie Spielräume für die „needs“ der „Vielen als Viele“ bereitgestellt werden können, wie aber auch Machtstrukturen begünstigt werden. Dazu noch einige Bemerkungen:

a) Stadtgesellschaften haben von Beginn an versucht, Spielraum für unterschiedliche, jeweils spezifische und damit produktive Formen von Arbeitstätigkeit und Interaktion durch Arbeitsteilung und situatives Handeln zu ermöglichen (Säule I). Auf diese Weise wurde erstmals ein komplexes Zusammenleben unter „Vielen als Viele“ Wirklichkeit (Bukow/Cudak 2016: 10 ff.). Die entscheidende Erfindung, das Alleinstellungsmerkmal dieses Gesellschaftsformats ist dabei eigentlich nicht die Arbeitsteilung, die es ja auch in anderen gesellschaftlichen Formaten zum Beispiel zwischen Ständen oder Kasten gibt, sondern deren spezifische gesellschaftliche Einbettung. Die Arbeitsteilung wird hier innerhalb bürokratisch geordneter Systeme praktisch situiert. Das bedeutet: hier kann innerhalb eines Systems ein sozi-

1

Soziale Grammatik des urbanen Zusammenlebens

Unterschiedliche Handlungskontexte	Haupteigenschaften	Besondere Kompetenzen
System (Säule I)	Systeme ermöglichen zweck-rational Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Politik usw. im Kontext „lebender“ urbaner Systeme	Mobilität und Diversität werden je nach System zum Systemobjekt und/oder zu Bestandteilen der Systeminteraktion
Lebenswelt (Säule II)	Lebenswelten definieren die Bedingungen individueller, sinnhaft-affektueler Arrangements, konstituieren Gruppen- und Milieubindungen bis zu virtuellen Netzwerken	Mobilität und Diversität werden zu Merkmalsbestandteilen eines Einzelnen innerhalb von Wir-/Bezugsgruppen bis zu Milieus
Öffentlichkeit/Zivilgesellschaft (Säule III)	Öffentlichkeit gibt Raum für wert-rationale Krisenbearbeitung, Alltagspolitik und gesellschaftliches Engagement	Mobilität und Diversität werden zu Erfahrungsressourcen im argumentativen Diskurs

Quelle: Wolf-Dietrich Bukow

ales Handeln situationsspezifisch (Situation A) mit anderen sozialen Handlungen, die jeweils in einem entsprechenden anderen Rahmen situiert werden (Situation B, C usw.), koordiniert werden. Das bedeutet für jedes einzelne Handeln, dass es neben anderen Handlungen gemäß entsprechender formaler Ordnungsprinzipien, aber im Rahmen eines jeweils eigenständigen Raum- und Zeitkontextes realisiert werden kann. Das impliziert dann, dass diese Gesellschaft dem Einzelnen in einem System jeweils seine Unterschiedlichkeit zugestehen kann und gleichzeitig diese Unterschiedlichkeit für ein gemeinsames, strategisch koordiniertes Handeln nutzen, also an einem übergeordneten Systemziel ausrichten und damit einem allgemeinen Nutzen zuführen kann. Die Handlungsregeln werden zweck-rational fokussiert. Vielfalt wird zur Ressource.

b) Zu dieser Erfindung gehört auch die Ausgliederung verwandtschaftsbasierter Zusammenhänge und individueller Eigenschaften (Säule II). Sie werden zur „inneren Umwelt“ systemisch organisierten Handelns erklärt. Früher wurden sie hinter Mauern verbannt, heute dem urbanen Zugriff unter dem Label „privat“ entzogen. Das Zusammenleben in einer Stadtgesellschaft oder im Stadtquartier basiert aber anders als in der Familie und in der Wir-Gruppe, wo es um

sinnhaft-affektuelles Handeln geht, aber auch anders als in einem sich als Pseudo-Wir-Gruppen gebenden Staat, wie er rechten Gruppierungen vorschwebt, nicht auf einem synchron für alle geltenden lebensweltspezifischen Habitus. Die Unterschiede zwischen Säule I und Säule II sind für eine Stadtgesellschaft eine *conditio sine qua non*.

c) Und das gelingt nur durch einen institutionell und systemisch gerahmten raum- und zeitspezifischen, also situativ parzellierten Habitus, der freilich dann durch entsprechende Machtstrukturen und eine entsprechende Herrschaft (Weber 1985: 540 f.), heute durch einen öffentlichen Diskurs und die Zivilgesellschaft überwölbt werden muss (Säule III). Das rundet die Erfindung dieses Formats gewissermaßen ab.

Heute, wo – wie erwähnt – Städte oft schon zu fast uferlosen politischen Konstruktionen angewachsen sind, tritt das urbane Quartier als kleinste, emergente Einheit von Stadtgesellschaft mit seinen Möglichkeiten an die Stelle eines zunehmend konturenlosen Stadtraumes und wird damit zum „authentischen“ Adressaten für die Bevölkerung welcher Provenienz auch immer. Dies nötigt die Kommune dazu, sich ebenfalls dezentral und quartiernah zu reorganisieren.

Plädoyer für einen gut platzierten und sachadäquat ausgerichteten urbanen Diskurs

Die bisherige Argumentation sollte verdeutlichen, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen einer Stadtbevölkerung und deren Stadt gibt – einen Zusammenhang, der über die Logik der Stadtgesellschaft, oder wie an anderem Ort formuliert, über die Grammatik urbanen Zusammenlebens gegeben ist. Und es wurde deutlich, dass er einerseits wie selbstverständlich gehandhabt wird, andererseits aber auf den ersten Blick überhaupt nicht bewusst ist, sondern, wenn er überhaupt ins Blickfeld rückt, meist sachfremd gedeutet wird. Besonders beliebt sind hier pseudo-familistische nationalistische Deutungen, so als ob die Stadt eine Miniaturausgabe eines Nationalstaates wäre, der seinerseits wiederum als eine etwas groß geratene Familie betrachtet wird. Dabei wird gerne so getan, als ob das Zusammenleben nur funktionieren könne, wenn alle die gleiche Sprache sprechen, dem gleichen Glauben huldigen, die gleiche Herkunft aufweisen und auf die gleichen nationalen Erzählungen schwören. Wer hier anders aufgestellt ist, der muss sich erst einmal integrieren, bevor er dazu gehört. Auf diese

Weise erübrigt sich natürlich jedes zivilgesellschaftliche Engagement, weil ja alles schon geregelt, alles schon aufs Beste realisiert worden ist. Es reicht hier in der Regel aus, diesen nationalen Raum zu beschwören. Man kann sogar gleichzeitig die vorhandene urbane Diversität alltagspraktisch nutzen, in der Mittagspause türkisches Essen konsumieren, ein koreanisches Handy benutzen und WhatsApp einsetzen, um sich mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern auszutauschen, oder sogar einen Zweitwohnsitz in Spanien haben.

Aber wer bei den nationalen Mythen nicht mitspielen will oder kann, der wird, wie die neue Rechte erst jüngst im Sommer 2018 in Chemnitz wieder einmal demonstriert hat, angemacht, ausgeschlossen und vertrieben. Eigentlich müsste jeder spätestens bei einem zweiten Hinschauen erkennen, dass hier ein falsches Deutungsmuster verwendet wird. Aber dem steht, wie Rassismustheorien belegen, der mit dem Deutungsmuster verknüpfte Machtanspruch entgegen.

Die Befassung mit der zukunftsorientierten Stadtentwicklung setzt also nicht nur eine klare und sachadäquate Positionierung, sondern auch ein Grundverständnis über das, was eine Stadtgesellschaft ausmacht, voraus. Eine Diskussion über die Zukunft der Stadtgesellschaft muss dementsprechend bei einer Abklärung der gegenwärtigen Situation und den damit verbundenen Verwerfungen ansetzen und von dort aus die bislang unausgeschöpften Möglichkeiten eines zukunftsorientierten Zusammenlebens ausloten. Aus dieser Perspektive heraus ergeben sich einige Eckpunkte für die zielgerichtete Debatte über die urbane Entwicklung:

a) Der urbane Diskurs funktioniert nur, wenn sich alle Seiten klar positionieren und die ihnen im Rahmen der Stadtgesellschaft zugewachsenen Rollen bewusst einnehmen. Wenn Irritationen auftreten, also Ereignisse oder Planungsvorhaben den Dauerablauf des Alltags beeinträchtigen, muss sich die involvierte Bevölkerung darüber klar werden, welche Interessen und „needs“ für sie fraglich werden. Die Kommune muss sich klarmachen, wie sie sich innerhalb der Stadtgesellschaft sieht und welche Kompetenzen sie im konkreten Fall einbringen kann. So sind beide Seiten von Anfang an klar und deutlich positioniert, füreinander glaubwürdig und können in einen Klärungsprozess eintreten.

b) Es ist wichtig, sich bei der Durchführung des Klärungsprozesses an dem Format zu orientieren, das sich im Verlauf der Zeit im Rahmen von Anhörungen, Partizipationsprozessen oder Planungswerkstätten entwickelt hat: nämlich am öffentlichen Diskurs auf einer allen zugänglichen öffentlichen Plattform. Eine auf diese Weise von Beginn an öffentliche Debatte ermöglicht es, die diversen Interessen der Bevölkerung transparent zu machen und mit den Möglichkeiten, die die kommunalen Systeme beinhalten, abzugleichen. So kann die Debatte ein eigenes Gewicht, eine eigenständige Dynamik sowohl in räumlicher wie auch in zeitlicher Hinsicht entwickeln – in räumlicher Hinsicht, weil jeder feststellen kann, ob seine Interessen mit eingebracht wurden und in zeitlicher Hinsicht, weil dann die Debatte eine eigene Tradition entwickeln und auf Zukunft hin angelegt werden kann. Zudem kann die Debatte so nicht am Ende in einem bedeutungslosen „Closed shop“ versanden. Freilich wird dabei auch eine fast endlos erscheinende Debatte eröffnet, weil sich die Interessen der Beteiligten genauso wie die Positionen der Kommune in einer globalisierten Gesellschaft permanent verändern. Aus der zunächst spontanen Debatte zwischen der Zivilgesellschaft und der Kommune wird auf diese Weise am Ende tatsächlich ein langfristiger Diskurs, der eine nachhaltige Verantwortlichkeit ermöglicht.

c) Wenn der Dauerablauf des urbanen Alltagslebens ins Stocken gerät, dann meist, weil die Erwartungen der Be-

völkerung enttäuscht werden – Erwartungen, die sich aus dem Urbanitätsnarrativ speisen. Damit werden fast automatisch die diesem Narrativ eingeschriebenen Eigenschaften virulent. Das Narrativ unterstellt zunächst einmal, dass eine Kommune als Repräsentant der Stadtgesellschaft den „needs“ und hier vor allem Wohnen, Arbeiten und Bildung eine faire Chance vor Ort einräumen muss. Von der Kommune wird erwartet, dass sie sich erstens diversitätssensibel, zweitens offen für alle, also inklusiv, drittens entsprechend lokal orientiert verhält. Was hier von der Zivilgesellschaft gegenüber der Kommune erwartet wird, das wird vor Ort, also im Quartier erwartet. Auf diese Weise wird von Beginn an jedes Stadtkonzept, das sich auf Einzelinteressen fokussiert, genauso verhindert wie jedes Stadtkonzept, das die einzelnen Quartiere als einen jeweils eigenen urbanen Raum ignoriert und völlig abgehoben und pauschal vorgeht. Aber wird damit nicht auch eine Dauerdebatte darüber ausgelöst, wer nun „eher mehr“ und wer „eher weniger“ dazu gehört, und wann eine Stadt durch eine immer weiter zunehmende Diversität und Fluktuation an ihre Grenzen stößt? Und wird nicht auch eine Dauerdebatte darüber ausgelöst, wann die räumliche Überschaubarkeit, die vom Quartier erwartet wird, vollends verloren geht? Die erste Debatte endet dann, wenn Diversität und Fluktuation veralltäglichen. Die zweite Debatte endet erst, wenn in der Stadtentwicklung anthropogene Qualitäten Eingang finden. So ist in einer Stadt wie Shanghai die Einwohnerzahl eines Hochhauses oft schon größer als die eines konventionellen urbanen Quartiers. Ein Hochhaus, das die Bevölkerung eines ganzen Quartiers beherbergt, hat nichts mit Urbanität zu tun und lässt sich auch nicht re-urbanisieren. Aber ein peripherer Raum, der unter einem Bevölkerungsschwund leidet, der ließe sich sehr wohl re-urbanisieren.

d) Ein langfristiger Effekt dieses urbanen Diskurses, also der öffentlichen Debatte zwischen der Zivilgesellschaft und der Kommune als Repräsentant von Stadtgesellschaft ist sicherlich, dass ein neues Verständnis über den Umgang mit den „Vielen als Viele“ entwickelt wird und der urbane Eigensinn – das, was Urbanität ausmacht – gestärkt wird, also das soziale Handeln je nach seiner Ausrichtung der jeweils entsprechenden Säule zuzuordnen, zu platzieren und nachhaltig zu praktizieren. „Zweck-rationales Handeln“ zur Organisation und Bewältigung der „needs“ wird dann systemisch inkludiert. „Wert-rationales Handeln“ wird dann dem zivilgesellschaftlichen Dialog zugeordnet und kann in den öffentlichen Debatten die Argumente untermauern. Und ein der individuellen Befindlichkeit dienendes (emotionales, gefühlsorientiertes) „sinnhaft-affektuelles Handeln“ wird dann der privaten Geselligkeit zugewiesen. Damit wird zwar den Bedürfnissen der „Vielen als Viele“ Rechnung getragen, aber eben doch nur in einer eher grundsätzlichen

und holzschnittartigen Weise. Freilich, im Alltag wird immer wieder geklärt werden müssen, wie im Einzelfall mit Überschneidungen umzugehen ist. Unter dieser Perspektive ist das von der CSU geforderte Kreuz in öffentlichen Gebäuden ein Problem, während die ein Kopftuch tragende Lehrerin eher kein Problem darstellt, weil eine Person anders als ein Gebäude immer auch hoch individuelle Merkmale aufweist.

Wird bei der Stadtentwicklung von der Stadtgesellschaft als einer Gesellschaft *sui generis* ausgegangen, die wegen ihrer Besonderheiten zu dem heute dominierenden Gesellschaftstypus überhaupt avanciert ist, dann ist es nur vernünftig, die damit ausgedrückten Möglichkeitsspielräume in den Mittelpunkt des urbanen Diskurses zu stellen und das Urbanitätsnarrativ, das längst zu so etwas wie einem kollektiven Unbewussten geronnen ist, hier heran zu ziehen.

Niemand weiß besser, was Urbanität bedeutet als diejenigen, die in die Stadt drängen, seien es nun Pendler, Flüchtlinge oder Gentrifizierer. Und niemand weiß besser, wo Möglichkeitsspielräume (Lebeuvre 1974) einer Stadt verspielt werden, als Menschen in den sogenannten sozialen

oder kulturellen Brennpunkten. Wenn man vor diesem Hintergrund den Diskurs organisiert, dann finden sich schnell starke Argumente für eine integrale, alles einbeziehende Quartierentwicklung. Und man hat noch stärkere Argumente bei der Auseinandersetzung mit Investoren und anderen, die sich die Stadt zur Beute machen wollen. Hier ist die Kommune ganz besonders gefragt. Sie muss selbstbewusst auftreten, und eine ausgeprägte Resilienz gegenüber politischen und ökonomischen Zumutungen entwickeln.

All das gelingt nur, wenn sie in die Stadtteile zurückkehrt. In den Stadtquartieren laufen heute alle entscheidenden gesellschaftlichen Fragen geradezu brennpunktartig zusammen und können hier – alltagsnah und dezentral, gut organisiert und diskursiv aufgearbeitet – eine Fülle synergetischer Effekte auslösen, die problematische und wenig zukunftsorientierte und von partikularen Interessen bestimmte Positionen zu marginalisieren vermögen. Hieraus resultiert ein starker Impuls für eine „Stadt der kurzen Wege“, für eine nachhaltige Stadtentwicklung, für eine strukturelle Kopplung von Arbeiten, Wohnen und auch für eine Re-Urbanisierung des sogenannten ländlichen Raumes.

Literatur

Berding, Nina, 2017: Perspektiven auf das Zusammenleben im Quartier – das Beispiel Düsseldorf-Oberbilk. In: Berding, Nina; Bukow, Wolf-D.; Cudak, Karin (Hg.): Die kompakte Stadt der Zukunft: Wiesbaden: VS-Verlag: 105–126.

Berking, Helmuth, 2013: Stadtgesellschaft. Zur Kontroverse um die Eigenlogik der Städte. In Leviathan Vol. 41, No. 2: 224–237 Freiburg: Nomos.

Bukow, Wolf-Dietrich, 2015: Mobilität und Diversität als Herausforderungen für eine inclusive city. In: Hill, Marc; Yildiz, Erol, (Hg.): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Münster. Transcript: 105–125 f.

Bukow, Wolf-Dietrich, 2016: Wir sind kölsche Jungs. Der Kampf um Partizipation in der urbanen Gesellschaft. In: Markus Ottersbach; Andrea Platte; Lisa Rosen, (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten als Herausforderung für inklusive Bildung. Wiesbaden. Springer VS: 207–220.

Bukow, Wolf-Dietrich, 1971: Wandel der Urbanität. In: Bukow, Wolf-Dietrich; Berding, Nina; Cudak, Karin (Hg.): Die kompakte Stadt der Zukunft – Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft VS-Verlag Wiesbaden: 79–104.

Bukow, Wolf-Dietrich; Cudak, Karin, 2016: Auf dem Weg zur inclusive city. In: Behrens, Melanie; Bukow, Wolf-Dietrich; Cudak, Karin; Strünck, Christoph (Hg.): Inclusive city. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS: 1–27.

Bukow, Wolf-Dietrich; Feldtkeller, Andreas; Kiepe, Folkert; von Winning, Hans-Henning, 2017: Urbanes Mischgebiet – Initiative Urbanität, Mobilität und kurze Wege. In: Institut der Stadtbaukunst 1–7.

Cudak, Karin, 2015: Exkludierende Bildungskulturen: Ausgrenzungs- und Gefährdungssemantiken im Blick auf die Einwanderung aus Südosteuropa. In: Bernd Dollinger; Axel Groenemeyer; Dorothea Rzepka (Hg.): Devianz als Risiko. Neue Perspektiven des Umgangs mit abweichendem Verhalten, Delinquenz und sozialer Auffälligkeit. Frankfurt: 244–264.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter, 1993: Wandel von Planungsaufgaben und Wandel von Planungsstrategie — das Beispiel der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen/Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin (Hrsg.) (1993): 141–154.

Lefebvre, Henri, 1974: Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Dt. Erstausg. München: List.

Virno, Paolo, 2005: Grammatik der Multitude. Öffentlichkeit, Intellekt und Arbeit als Lebensformen. Hg. v. Klaus Neundlinger. Wien: Turia und Kant.

Weber Max, 1985: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen: 540–542.